

## **IG Metall Verwaltungsstelle Nordhessen Resolution der Delegiertenversammlung und Funktionärskonferenz vom 03. Juli 2003**



---

Nach 4 Wochen Streik in der Metall- und Elektroindustrie in Sachsen, Brandenburg und Berlin (Ost) ist es auch in den Tarifverhandlungen vom 27.06.2003 nicht gelungen, einen Kompromiss über die schrittweise Angleichung der wöchentlichen Arbeitszeit an das West-Niveau durchzusetzen.

Der Stufenplan zur schrittweisen Einführung der 35-Stunden-Woche in der ostdeutschen Stahlindustrie ist ein wichtiger Erfolg für die IG Metall und die streikenden StahlarbeiterInnen. Es ist allerdings nicht gelungen, auf der Basis dieses Tarifabschlusses die Signalwirkung für einen möglichen Kompromiss in der Metall- und Elektroindustrie zu nutzen.

In zahlreichen Haustarifverträgen in der sächsischen Metallindustrie konnte ebenfalls die schrittweise Einführung der 35-Stunden-Woche vereinbart werden. Dies waren einerseits wichtige Teilerfolge, andererseits schwächten sie die Durchsetzungsbasis der IG Metall für den Flächentarifvertrag.

Die Beendigung des Streiks in den Tarifgebieten der Metall- und Elektroindustrie in Sachsen, Brandenburg und Berlin (Ost) bedeutet Unruhe in den Betrieben und verschärft die sozialen Spannungen zwischen Ost und West. Ursache ist die Boykottstrategie der Arbeitgeber und ihrer politischen Helfershelfer, welche die notwendige wirtschaftliche und gesellschaftliche Angleichung von Ost und West in Deutschland torpedieren.

Verlauf, vorläufiges Ergebnis und Konsequenzen dieser Tarifaueinandersetzung müssen auch innerhalb der IG Metall sorgfältig aufgearbeitet werden. Es erhöht den Schaden für die IG Metall, wenn in dieser Situation versucht wird, schnelle Antworten in personellen Fragen zu suchen.

Die IG Metall ist demokratisch verfasst. Ihr Souverän ist der Gewerkschaftstag. Jedes Vorstandsmitglied hat die im Vorstand getroffenen Entscheidungen zu verantworten und dem Gewerkschaftstag gegenüber Rechenschaft abzulegen. Der Gewerkschaftstag wird die daraus notwendig werdenden politischen und organisatorischen Entscheidungen fällen.

Die besondere Solidarität aller Metallerinnen und Metaller muss in diesen Tagen den vom Streikabbruch betroffenen Kolleginnen und Kollegen in den ostdeutschen Betrieben gehören. In ihrem Interesse muss es in der Diskussion um die sachliche Bewältigung der aus dem Streikabbruch resultierenden Folgen, und nicht um gegenseitige Schuldzuweisungen gehen.

Die Delegierten der IG Metall Verwaltungsstelle Nordhessen, die eine der größten Verwaltungsstellen der IG Metall ist und 48.000 Mitglieder vertritt, fordern insbesondere den 1. Vorsitzenden der IG Metall, Klaus Zwickel auf, sowohl öffentlich als auch intern, den im Vorstand gefassten Personalvorschlag für den kommenden Gewerkschaftstag für den 1. und 2. Vorsitzenden zu vertreten, und nicht die Personaldebatte um die zukünftige Führung der IG Metall auf so unerträgliche Weise mit in der Öffentlichkeit verbreiteten Rücktrittsforderungen eskalieren zu lassen.

Die Resolution wurde einstimmig von den Delegierten der Delegiertenversammlung und Funktionärskonferenz verabschiedet.

Eschwege, den 3. Juli 2003